

10.10.2018 – 10:55 Uhr

ikr: Hochbautenbericht 2019 verabschiedet

Vaduz (ots/ikr) -

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 9. Oktober 2018 den Bericht und Antrag betreffend die mittelfristige Planung staatlicher Hochbauten und Anlagen (Hochbautenbericht 2019) zuhanden des Landtags verabschiedet.

Der Hochbautenbericht wird jährlich aktualisiert und bildet eine der wesentlichen Grundlagen für die Budget- und Finanzplanung im Bereich des Neubaus und der Instandsetzungen staatlicher Hochbauten.

Das gesamte Immobilienportfolio des Landes Liechtenstein in den Bereichen Verwaltungs-, Schul- und Kulturbauten mit einem Gebäudeversicherungswert von CHF 660'000'000 umfasst per Ende 2018 insgesamt 98 Objekte: 65 Objekte sind im Eigentum des Landes. 33 Objekte werden gemietet.

Für die strategische Planung von Hochbauprojekten sind im generellen Hochbauplanungskredit CHF 300'000 budgetiert. Diese Mittel werden eingesetzt, um Projekte, die sich in frühen Phasen befinden, zu analysieren, deren Notwendigkeit bzw. Machbarkeit zu prüfen und in Form von Studien als Entscheidungsgrundlage für das weitere Vorgehen aufzubereiten.

Im investiven Bereich (Neubauten) sind für das Jahr 2019 im Bereich Verwaltungsbauten Mittel in der Höhe von CHF 1'520'000 für das neue Dienstleistungszentrum der Liechtensteinischen Landesverwaltung am Giessen in Vaduz und die Erstellung einer neuen WC-Anlage beim Zollamt Schaanwald vorgesehen. Im Bereich Schulbauten sind für den Bau eines Schulraumprovisoriums für die Berufsmaturitätsschule (BMS) am Schulstandort Giessen in Vaduz und für die beiden Schulbauprojekte Ersatzbau Trakt G beim Mühleholz in Vaduz und Neubau Schulzentrum Unterland II in Ruggell CHF 2'750'000 budgetiert.

Für Bautätigkeiten im Instandsetzungsbereich (Erneuerungen, Umbauten, Erweiterungen, Sanierungen) sind insgesamt CHF 11'985'000 budgetiert.

Die Kosten für die Bewirtschaftung (Betriebs- und Instandhaltungskosten) der staatlichen Liegenschaften betragen derzeit rund CHF 8'000'000 bis 8'500'000. Darin enthalten sind die Kosten für Bewachung, Reinigung, Energie, Wasser und Instandhaltung.

Für die Miete von Verwaltungsbauten, Schul- und Kulturbauten sind CHF 6'600'000 für das Jahr 2019 budgetiert. Bei den Mietausgaben konnten seit Beginn der Umsetzung der Liegenschaftenstrategie im Jahr 2012 Einsparungen von rund CHF 2'700'000 verzeichnet werden.

Kontakt:

Ministerium für Infrastruktur, Wirtschaft und Sport
Markus Verling, Leiter Amt für Bau und Infrastruktur
T +423 236 68 40

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100820838> abgerufen werden.